

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
 4509 Solothurn
 Telefon 032 627 20 79
 Telefax 032 627 22 69
 pd@sk.so.ch
 www.parlament.so.ch

I 217/2013 (BJD)

Interpellation Walter Gurtner (SVP, Däniken): Strafverfahren gegen Kernkraftwerk Gösgen-Däniken wurde dank korrekter KKG-Beurkundung und Bilanzführung eingestellt (18.12.2013)

Solothurn, 19. November 2013 – Die Staatsanwaltschaft stellt das Verfahren im Zusammenhang mit der Strafanzeige gegen die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG ein. Die Untersuchungen ergaben, dass die Bilanz per 31. Dezember 2011 nicht gefälscht wurde.

Am 19. Dezember 2012 reichten der Trinationale Atomschutzverband und die Greenpeace Schweiz bei der Bundesanwaltschaft eine Strafanzeige gegen die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG und die Kernkraftwerk Leibstadt AG sowie gegen unbekannte natürliche Personen ein. Der Vorwurf: Falschbeurkundung im Zusammenhang mit den Bilanzen per 31. Dezember 2011. Die Bundesanwaltschaft leitete die Anzeige an die zuständigen Staatsanwaltschaften der Kantone Solothurn und Aargau weiter. Die Solothurner Staatsanwaltschaft eröffnete daraufhin eine Strafuntersuchung gegen Unbekannt wegen Urkundenfälschung betreffend Bilanz 2011 der Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG.

Nach Abschluss der Ermittlungen kommt die Staatsanwaltschaft zum Schluss, dass die Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG die drei von den Anzeigerstattern beanstandeten Aktivpositionen in der Bilanz per 31. Dezember 2011 korrekt verbucht hat. Die finanzielle Situation des Unternehmens wird darin richtig dargestellt. Es liegen keine Hinweise vor, dass die Verantwortlichen irgendwelche Täuschungsabsichten gehegt haben, zumal die Jahresrechnung und deren Anhang die Vermögenslage korrekt und transparent festhalten. Der anfängliche Tatverdacht der Urkundenfälschung hat sich somit nicht erhärtet. Die Staatsanwaltschaft stellt daher das Strafverfahren ein.

1. Wer übernahm die Kosten der Solothurner Staatsanwaltschaft für dieses Verfahren und wie hoch waren diese Kosten?
2. Welche Auswirkungen hatte diese Strafanzeige auf den Kanton Solothurn? (Gleiche Frage wie bei der Interpellation I 007/2013, 16.01.2013, Barbara Wyss Flück, Grüne, Solothurn)
3. Darf diese Gegner- und Neidkultur von Greenpeace, TRAS und Grüne Partei des Kantons Solothurn, rechtlich legal, ungeschoren wichtige Firmen wie das KKG Kernkraftwerk Gösgen-Däniken AG, welches notabene als Top-Steuer- und Gebührenzahler gilt und über 500 Arbeitsstellen/Lehrstellen anbietet, so mit Lügen und unwahren Behauptungen einfach in den Schmutz ziehen? (Nicht einmal eine offizielle Entschuldigung wurde bis heute von diesen Organisationen abgegeben.)

Begründung (18.12.2013): In Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Walter Gurtner, 2. Thomas Eberhard, 3. Christian Imark, Christian Werner, Leonz Walker, Silvio Jeker, Hansjörg Stoll, Hugo Schumacher, Beat Blaser, Fritz Lehmann, Albert Studer, Beat Künzli, Tobias Fischer, Roberto Conti, Colette Adam, Johannes Brons, Rolf Sommer (17)